

Geschäftsbericht

2006



Der Vertreterversammlung vorgelegt am 10. Juli 2007.

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Lagebericht	3
Jahresabschluss	
Jahresbilanz	8
Gewinn- und Verlustrechnung	12
Anhang	
Erläuterungen zur Jahresbilanz – AKTIVA	14
Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr	15
Erläuterungen zur Jahresbilanz – PASSIVA	16
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	19
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	21
Bericht des Aufsichtsrates	22
Aufsichtsrat und Vorstand	22

Überblick

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. betrieb im Berichtsjahr 2006 die Krankheitskosten-, die Krankenhaustagegeld-, die Krankentagegeld- sowie die Pflegekranken- und Pflegepflichtversicherung.

Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte im Sinne von § 21 Abs. 2 VAG sind – mit Ausnahme der Reisekrankenversicherung – nicht abgeschlossen worden.

Der Geschäftsverlauf des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. war im Berichtsjahr 2006 zufrieden stellend. Sowohl der Bestand an Vollversicherten als auch die Beitragseinnahmen konnten erneut gesteigert werden.

Die Versicherungsleistungen einschließlich der Regulierungsaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 % gesunken.

Im Berichtsjahr wurden 61,7 Mio. EUR als Beitragsrückerstattung an Versicherungsnehmer ausgezahlt. Der Betrag setzt sich zusammen aus Auszahlungen für Versicherte, die für das Kalenderjahr 2005 keine Versicherungsleistungen in Anspruch genommen hatten oder deren einmaliger Erstattungsantrag niedriger als die mögliche Beitragsrückerstattung war und auf diese angerechnet wurde. Je nach Dauer der Schadenfreiheit betrug die hierfür ausgezahlte Beitragsrückerstattung in den betroffenen Tarifen bis zu 50 % eines Jahresbeitrages. In dem genannten Gesamtbetrag sind außerdem Auszahlungen in Form von Beitragsgutschriften enthalten, die für Versicherte, die an der Beitragsrückerstattung für kostenbewusstes Verhalten teilnehmen, aufgewendet wurden.

Es wurden bereits Beschlüsse gefasst, wonach auch in den Geschäftsjahren 2007 und 2008 für im jeweiligen Vorjahr schadenfrei gebliebene Versicherte eine Beitragsrückerstattung ausgezahlt wird, die bis zu 50 % des gezahlten Jahresbeitrages erreichen kann. Zusätzlich wurde für die Geschäftsjahre 2007 und 2008 eine Beitragsrückerstattung bei kostenbewusstem Verhalten in Höhe von 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung beschlossen.

Im Berichtsjahr wurden den versicherten Personen 13,8 Mio. EUR gutgeschrieben. Dieser Betrag dient als Anwartschaft zur Beitragsermäßigung, insbesondere zur Vermeidung oder Begrenzung von Beitragserhöhungen im Alter. Darüber hinaus wurden für 2007 Einmalbeiträge in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung reserviert.

Versichertenbestand

Am 31.12.2006 waren 424.463 natürliche Personen versichert (Vorjahr: 425.483). Die Zahl der vollversicherten natürlichen Personen stieg von 207.215 am 31.12.2005 auf 209.325 am 31.12.2006.

Die Aufteilung des Bestandes auf die einzelnen Versicherungsarten ergibt sich aus den Angaben im Anhang.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich von 674.912 TEUR im Jahre 2005 auf 702.818 TEUR im Jahre 2006. Die Zunahme um 27.906 TEUR entspricht einer Steigerung von 4,1 %. Besonders stark wurden die Beitragseinnahmen in der Krankheitskosten-Vollversicherung ausgebaut.

Im Berichtsjahr 2006 entfielen auf	Gebuchte Bruttobeiträge	Anteil in %
- Krankheitskostenversicherungen	564.340 TEUR	80,3
- Krankentagegeldversicherungen	23.487 TEUR	3,3
- Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	10.674 TEUR	1,5
- sonstige selbständige Teilversicherungen	54.769 TEUR	7,8
- Pflegepflichtversicherungen	48.368 TEUR	6,9
- Auslandsreisekrankenversicherungen	1.180 TEUR	0,2
	702.818 TEUR	100,0

Versicherungsgeschäftliches Ergebnis

Nach Abzug der Aufwendungen für Schäden und Kosten von der Jahresbeitragseinnahme verblieb ein versicherungsgeschäftliches Ergebnis in Höhe von 134.885 TEUR (Vorjahr: 94.421 TEUR). Zu der Entwicklung hat die Veränderung der Aufwendungen für Versicherungsfälle maßgeblich beigetragen. Auf Grundlage der verdienten Bruttobeiträge belief sich die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote auf 19,2 % (Vorjahr: 14,0 %). Diese und die im Folgenden genannten Quoten beruhen auf den vom Verband der privaten Krankenversicherung e.V. empfohlenen Berechnungsformeln.

Schadenquote

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Regulierungsaufwendungen sanken von 416.634 TEUR auf 404.259 TEUR. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zu den Rückstellungen für das mit dem Alter wachsende Risiko und den aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Beiträgen betrug der

LAGEBERICHT

Schadenaufwand insgesamt 532.313 TEUR; bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge belief sich damit die Schadenquote auf 75,7 % (Vorjahr: 80,6 %).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschlusskosten betragen 23.522 TEUR (Vorjahr: 24.764 TEUR). Bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge ergibt sich hieraus eine Abschlusskostenquote von 3,3 % (Vorjahr: 3,7 %).

Die sonstigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 12.115 TEUR (Vorjahr: 11.975 TEUR); das sind 1,7 % (Vorjahr: 1,8 %) der verdienten Bruttobeiträge.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 10,3 % auf 3.472,2 Mio. EUR. Die Erträge aus den Kapitalanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 154,8 Mio. EUR.

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen überstiegen die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen um 141.068 TEUR (Vorjahr: 128.531 TEUR). Es ergibt sich eine laufende Durchschnittsverzinsung von 4,3 % (Vorjahr: 4,3 %). Weitere Einzelheiten in diesem Zusammenhang sind im Risikobericht dargestellt.

Überschuss

Nach Bildung der versicherungstechnischen und anderen erforderlichen Rückstellungen und nach Buchung des Steueraufwandes schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 138.738.646,56 EUR (Vorjahr: 123.680.002,84) ab. Dieser Überschuss wurde unter Beachtung der satzungsmäßigen Bestimmungen wie folgt verwendet:

Zuweisung zur Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	2.828.000,00 EUR
Zuweisung zu anderen Rücklagen	25.172.000,00 EUR
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	110.738.646,56 EUR

Daneben beliefen sich die Zuführungen zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung auf 14.104 TEUR (Vorjahr: 19.907 TEUR). Sie sind hinsichtlich ihrer Zusammensetzung im Anhang aufgegliedert.

Unter Berücksichtigung der Zuführungen und Entnahmen betrug die gesamte RfB 486.552 TEUR (Vorjahr: 463.638 TEUR). Die RfB-Quote, welche die erfolgsabhängige RfB zuzüglich der poolrelevanten RfB aus der Pflegepflichtversicherung an den verdienten Bruttobeiträgen misst, beträgt 66,0 % (Vorjahr: 65,8 %).

Die Überschussverwendungsquote, die sich aus dem Verhältnis der Zuführungen zur erfolgsabhängigen RfB und zur poolrelevanten RfB sowie der gemäß § 12 a VAG für Beitragsentlastungsmaßnahmen im Alter gutgeschriebenen Beiträge zum Rohergebnis nach Steuern ergibt, beläuft sich auf 82,7 % (Vorjahr: 86,6 %).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach Schluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Versicherungsunternehmen verfügt der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. aufgrund der für die Versicherungswirtschaft bestehenden gesetzlichen Vorschriften über ein wirkungsvolles Risikomanagementsystem, mit welchem die Risiken der künftigen Entwicklung im Sinne des 1998 in Kraft getretenen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) frühzeitig erkannt und durch Auslösung geeigneter Steuerungsmaßnahmen beherrschbar gemacht werden. Dieses Überwachungssystem wird fortlaufend an veränderte Verhältnisse angepasst und weiter entwickelt. Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. ist damit in der Lage, Risikosituationen angemessen zu beurteilen. Jedoch setzen die zunehmende Komplexität und Dynamik des Unternehmens-Umfeldes jedem Risikomanagement Grenzen, so dass es letzte Sicherheit nicht geben kann und wird.

Der Risikobericht erfolgt auf der Basis der für das Unternehmen maßgeblichen Kalkulations- und Bilanzierungsvorschriften und ist in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard 5-20 aufgebaut. Nach einer Darstellung der Aufgaben, der Organisation und der wesentlichsten Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung werden die bedeutsamsten Risikofelder und die zugehörigen wichtigsten Steuerungsmaßnahmen erläutert. Schließlich wird die Risikolage des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. zusammenfassend dargestellt.

1. Aufgaben, Organisation und wesentlichste Instrumente

Grundlage des Risikomanagementsystems ist die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens. Hierauf aufbauend ist ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen der einzelnen Funktionsbereiche eingerichtet, welches eine effektive Steuerung des Unternehmens ermöglicht. Das Berichts- und Meldewesen obliegt den Mitarbeitern des Unternehmens. Für das Kontrollwesen und das Risikomanagement zuständig sind die Mitglieder des Vorstands, die Verantwortlichen aller Funktionsbereiche sowie der Risikomanager. Die aus den einzelnen Funktionsbereichen resultierenden Wahrnehmungen werden im zentralen Risikomanagement zusammengeführt und bewertet.

Dabei wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt mit dem Ziel, wechselseitige Bezüge zwischen den aktiv- und passivseitigen Risiken sowie den strategischen und operationalen Risiken zu analysieren und zu steuern. Werden dabei unerwünschte oder ungünstige Entwicklungen erkennbar, werden erforderlichenfalls Steuerungsmaßnahmen zur Bewältigung der jeweiligen Risiken ausgelöst. Zur Vorbereitung risikobezogener Entscheidungen und Maßnahmen sowie zur Gewährleistung der Erfüllung von Anforderungen an die Risikoberichterstattung dient die Risikokonferenz, die unter Federführung des für das Risikomanagement zuständigen Vorstandsmitgliedes regelmäßig und darüber hinaus bei besonderem Bedarf zusammentritt. Die Teilnehmer der Risikokonferenz stellen auf diese Weise die Risikokommunikation zwischen der Ebene des Vorstands und dem Risikomanager her.

Dem Vorstand obliegt die unternehmensweite, ressortübergreifende Planung, Steuerung und Kontrolle aller Risikofelder. Er ist einzuschalten bei Maßnahmen, welche das Risikokapital erheblich verändern können, bei ressortübergreifenden geschäftlichen Maßnahmen sowie bei den strategischen und operationalen Risiken, die sich auf die Reputation des Unternehmens negativ auswirken können. Die Verantwortlichen der einzelnen Funktionsbereiche identifizieren, analysieren, steuern und überwachen fortlaufend die Risiken in ihrem jeweiligen Bereich. Sie werden dabei vom Risikomanager unterstützt. Die Grundlage für den Umgang mit ihren Risiken bilden Vorgaben und Entscheidungen des Vorstandes und des Risikomanagers, die sich aus der jeweiligen Risikopolitik des Unternehmens ergeben.

2. Bedeutsamste Risikofelder und wichtigste Steuerungsmaßnahmen

Veränderungen sozialpolitischer und rechtlicher Rahmenbedingungen

Das für einen privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik Deutschland wohl bedeutsamste Risikofeld sind Veränderungen in den sozialpolitischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit. Bereits in der Vergangenheit wurden Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme vorgenommen, die eine Erschwerung der Zugangsmöglichkeiten zur privaten Krankenversicherung zur Folge hatten. Das am 2. Februar 2007 vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) enthält wiederum Maßnahmen, die für die privaten Krankenversicherer ein erhebliches Risikopotenzial bergen. Nach der deutlichen Heraufsetzung der Versicherungspflichtgrenze zu Beginn des Jahres 2003 und den seitherigen weiteren Erhöhungen wird nun für Angestellte der Zugang zur privaten Krankenversicherung durch die Einführung einer dreijährigen Wartezeit nach Überschreitung der Versicherungspflichtgrenze weiter erschwert. Angestellte werden nunmehr aufgrund der neuen gesetzlichen Bestimmungen für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren in der gesetzlichen Krankenversicherung weiter festgehalten, was letztlich zu einer Verengung des Marktes der Krankheitskostenvollversicherung und somit zu einer Wettbewerbseinschränkung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung führt. Diese Wettbewerbseinschränkung kann wirtschaftlich durch verstärkte Hinwendung auf das vergleichsweise kleine Marktsegment der Zusatzversicherung in keiner Weise kompensiert werden. Hinzu kommt, dass der ebenfalls durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz unter bestimmten Bedingungen vorgesehene Bezug von Leistungen ohne bzw. mit wesentlich eingeschränkter Beitragszahlung sowie die ebenfalls vorgesehene Übertragbarkeit von Alterungsrückstellungen im Umfang eines Basistarifs zu höheren Prämien führen, wodurch der Wettbewerb mit der gesetzlichen Krankenversicherung zusätzlich eingeschränkt wird. Weitere Risiken ergeben sich zudem aus der für die gesetzlichen Krankenkassen neu geschaffenen Möglichkeit, so genannte Wahltarife anzubieten.

Besondere Anforderungen resultieren aus Entwicklungen in der Rechtsprechung und Gesetzgebungsvorhaben wie die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes. Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. beobachtet diese aufmerksam und analysiert permanent mögliche Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb.

Den hier dargestellten Risiken begegnet das Unternehmen durch Teilnahme an der politischen Diskussion und durch aktive Mitarbeit in Verbänden und Gremien.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken resultieren hauptsächlich aus der medizinisch-technischen Entwicklung, die einerseits zu einer Verlängerung der Lebenserwartung der Versicherten und andererseits sowohl zur Verbesserung bestehender als auch zur Entwicklung neuer, teilweise kostenaufwendiger Behandlungsmethoden führt. Das kann einen mit dem Lebensalter stärker ansteigenden Bedarf an Versicherungsleistungen sowie eine längere Versicherungsdauer für die Versicherten zur Folge haben. Aus dem Gesundheitswesen ergeben sich Risiken aus der Veränderung der für die private Krankenversicherung maßgeblichen Rahmenbedingungen, wie sie beispielsweise durch die Einführung von Fallpauschalen für bestimmte Krankenhausbehandlungen vorgenommen worden sind. Hinzu kommen eventuelle Veränderungen der Verhaltensweisen der Versicherten und der Leistungserbringer. Aus den genannten Risikobereichen ergibt sich das Risiko im Zeitverlauf ansteigender Versicherungsleistungen.

Dem wird seitens des Unternehmens durch eine eingehende Prüfung und vorsichtige Zeichnungspolitik der Versicherungsanträge, durch Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen sowie durch eine laufende Überwachung der Ausgaben für Erstattungsleistungen und durch eine regelmäßige Gegenüberstellung von tatsächlich erbrachten und kalkulatorisch berücksichtigten Erstattungsleistungen Rechnung getragen. Die Veränderung der Lebenserwartung wird von den privaten Krankenversicherungsunternehmen gemeinsam dadurch überwacht, dass die Unternehmen über den Verband der privaten Krankenversicherung e.V. und die Deutsche Aktuarvereinigung regel-

mäßig aktuelle Sterblichkeitsuntersuchungen durchführen. An diese Überprüfung der verwendeten Rechnungsgrundlagen schließt sich erforderlichenfalls das gesetzlich festgelegte Verfahren zur Anpassung von Beiträgen an.

Eine solide und gemäß den gesetzlichen Vorschriften unter Verwendung ausreichender Sicherheiten vorgenommene Kalkulation der Tarife, eine nachhaltige Überschussverwendungspolitik sowie eine kostensparende Betriebsführung stellen sicher, dass zufallsbedingt höheren Leistungsaufwendungen begegnet werden kann.

In der Krankenversicherung wird die Deckungsrückstellung nach einzelvertraglichen Daten für das Kollektiv berechnet. Kann der für die Berechnung verwendete Rechnungszins nachhaltig nicht erwirtschaftet werden, muss für das Neugeschäft und den Bestand anlässlich von Beitragsanpassungen eine Änderung erfolgen. Solange bis anlässlich einer Beitragsanpassung eine Änderung erfolgen kann, belastet die Bildung der Deckungsrückstellung gemäß dem jeweils noch gültigen Rechnungszins die Ertragslage. Ist die Anpassung des Rechnungszinses dann erfolgt, kann dies allerdings die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen. Die dauerhafte Erfüllbarkeit des verwendeten Rechnungszinses wird im Rahmen des Kapitalanlagecontrollings und unter Einsatz von Prüfverfahren, die von der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. entwickelt wurden, überwacht. Darüber hinaus wird der Einfluss des Zinsänderungsrisikos dadurch begrenzt, dass die zukünftigen Zahlungsströme aus Prämien, Kapitalerträgen und Verpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden.

Die Risiken des Ausfalls von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen darin, dass Rückversicherer, Versicherungsnehmer oder Versicherungsvermittler ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen nicht erfüllen. Zur Steuerung der Liquiditäts- und Ausfallrisiken werden sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung analysiert und laufend überwacht. Zur Risikovorsorge sind bereits pauschale Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern vorgenommen worden, die auf Erfahrungswerten der Vergangenheit beruhen. Abrechnungsforderungen gegen Rückversicherer bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erfolgen im Rahmen der bestehenden Anlagevorschriften unter sorgfältiger Auswahl der einzelnen Anlagen. Für sie sind die Risiken aus der Zins- und Kursentwicklung an den Finanzmärkten von besonderer Bedeutung. Diese werden durch eine breite Mischung nach Anlagearten und eine ausgewogene Streuung nach Schuldern mit hoher Bonität vermindert. Bei den vom Unternehmen aufgelegten Spezialfonds handelt es sich um Aktien- und Rentenfonds sowie um so genannte gemischte Fonds, die sowohl festverzinsliche Wertpapiere als auch Aktien enthalten. Für jeden Spezialfonds besteht ein Anlageausschuss, der die Anlagerichtlinien für das jeweilige Fondsmanagement formuliert und deren Einhaltung fortlaufend überwacht. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist den Fondsmanagements nur in streng begrenztem Umfang zur Absicherung konkreter Geschäfte gestattet.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Vermögensanlagen werden laufend unter dem Gesichtspunkt der Risikotragfähigkeit des Unternehmens überprüft. Im Geschäftsjahr 2006 hat diese Entwicklung infolge der Veränderung der Zinsstrukturkurve bei Spezialfonds mit festverzinslichen Wertpapieren zu Aufwendungen für Abschreibungen geführt. Für andere Teile der Kapitalanlagen waren dagegen Zuschreibungen zur Wertaufholung vorzunehmen. Insgesamt ergibt sich eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 4,2 %. Die Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verzinsungsverpflichtungen war damit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Operationale Risiken

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit den betrieblichen Abläufen auf. Von Bedeutung sind vor allem technische, rechtliche und personenbezogene Risiken, die sich aus der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, der Rechtsprechung und Verwaltungsanordnungen ergeben. Sie werden fortlaufend überwacht und im Hinblick auf eventuelle bilanzielle Konsequenzen überprüft. Zur Risikobegrenzung im Bereich der Informationstechnologie werden fortlaufend Maßnahmen entwickelt und ergriffen, mit denen eine größtmögliche Verfügbarkeit der eingesetzten Hard- und Softwaresysteme sowie Sicherheit und Schutz der Daten erreicht werden kann. Rechtliche Risiken, die mit dem Ausgang von Prozessen zusammenhängen und wesentlichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten, bestehen derzeit nicht.

Sonstige Risiken

Die Ausstattung mit Eigenmitteln entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist zu mehr als 380 % mit Eigenmitteln bedeckt. Die auf die verdienten Bruttobeiträge bezogene Eigenkapitalquote beläuft sich auf 21,1 %.

Die Europäische Kommission verfolgt mit dem Projekt Solvency II das Ziel, den Versicherungsunternehmen eine risikobasierte Kapitalausstattung vorzugeben. Das könnte im Vergleich zu den derzeit maßgeblichen Solvabilitätsanforderungen zu einem höheren Bedarf an Sicherheitskapital führen. Das Unternehmen bereitet sich auf die künftigen Anforderungen, soweit sie absehbar sind, vor. Mit der vorhandenen, mehrfachen Bedeckung der Solvabilitätsspanne sind bereits Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der künftigen Vorgaben geschaffen.

3. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis sind aus Sicht des Unternehmens gegenwärtig keine konkreten Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. sowie die dauernde Erfüllung der Versicherungsverträge ernsthaft gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen könnten. Die Risikosituation wird als kontrolliert und vom Unternehmen tragbar angesehen.

Allgemeine Angaben

Für die Reisekrankenversicherung besteht ein Rückversicherungsvertrag. Außerdem besteht mit zwei weiteren Rückversicherern ein Überschaden-Ausgleichsvertrag. Haftungsverhältnisse oder Verbindlichkeiten der in § 251 des Handelsgesetzbuches genannten Art bestehen nicht. Aufgrund der Regelungen in den §§ 124ff VAG sind Krankenversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Dieser kann zusätzlich zur laufenden Beitragsverpflichtung Sonderbeiträge bis zur Höhe von 2 Promille der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Daraus könnte sich für den Landeskrankenhilfe V.V.a.G. eine eventuelle künftige Zahlungsverpflichtung von 6.733.588,06 EUR ergeben.

Mitgliedschaften

Der Verein ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin, des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V., Köln, des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V., München, der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V., Hannover, des Berufsbildungswerks der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., München, der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Köln, und des Verbandes des Niedersächsischen Landvolkes e.V.

Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit mit dem Landeslebenshilfe V.V.a.G. hat im Berichtsjahr weiterhin bestanden. Wechselseitig erbrachte Leistungen wurden gemäß Abkommen vom 9. März 1977 abgerechnet.

Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

Die private Krankheitskostenvollversicherung ist aufgrund ihrer Beitragskalkulation nach dem Äquivalenzprinzip und dem Anwartschaftsdeckungsverfahren in der Lage, im Bereich des Gesundheitswesens die Risiken der demografischen Entwicklung zu verringern und damit weitaus besser zu steuern als dies die gesetzliche Krankenversicherung mit ihrem Umlageverfahren kann. Das zentrale Problem besteht darin, dass durch die Verlängerung der Lebenserwartung der Bevölkerung, durch die Veränderung der Altersstruktur der Versichertengemeinschaften und durch die erfreulicherweise weiterhin zu erwartenden medizinischen Innovationen gleich drei Einflussfaktoren gegeben sind, die auch für die Zukunft weiter ansteigende Gesamtaufwendungen für die Gesundheitsversorgung in Deutschland erwarten lassen. Da dieses Problem durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz nicht gelöst wird, ist in der gesetzlichen Krankenversicherung mit weiter steigenden Beiträgen oder weiteren Leistungskürzungen, erfahrungsgemäß mit einer Kombination aus beiden Maßnahmen zu rechnen. Hier bietet sich die private Krankenversicherung als zuverlässige Alternative an, weil sie die Lebenserwartung der Bevölkerung und die Veränderung der Altersstruktur nach jeweils neuesten Erkenntnissen in ihrer Beitragskalkulation berücksichtigt. Die sich dadurch ergebenden Chancen im Wettbewerb werden jedoch stark beeinträchtigt dadurch, dass es Angestellten nach Überschreiten der Versicherungspflichtgrenze zunächst einmal für drei Jahre verwehrt wird, ihren gesetzlichen Krankenversicherungsschutz durch eine private Vollversicherung zu ersetzen.

Die vielfach als Chance hingestellte verbesserte Wechselmöglichkeit von Versicherten zwischen verschiedenen privaten Krankenversicherern birgt bei genauer und sorgfältiger Betrachtung vielmehr ein erhebliches Risiko in sich. Es besteht darin, dass der Gesetzgeber auch den bestehenden Versicherungsverträgen einen so genannten Übertragungswert als neue Leistung anlässlich des Ausscheidens beigelegt hat, der für diese Verträge bei der Beitragskalkulation seinerzeit nicht berücksichtigt werden konnte und über dessen Finanzierung das Gesetz keine weiteren Maßgaben enthält. Insofern besteht die Chance und das Risiko der Entmischung von Beständen.

Die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wird im Allgemeinen zu etwas niedrigeren Prämien bei Frauen führen und könnte somit gewisse Chancen im Wettbewerb mit der gesetzlichen Krankenversicherung bieten, die jedoch vielfach durch administrative Maßnahmen wie die dreijährige Festhalte-Regelung bei Angestellten kaum zur Geltung kommen können.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen konnte der insgesamt positive Geschäftsverlauf des Jahres 2006 in den ersten Monaten des Jahres 2007 weiter fortgesetzt werden, so dass auch für 2007 weiteres Wachstum möglich erscheint.

Dank

Wir danken den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie der Mitgliedervertretung und dem Aufsichtsrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Unser Dank gilt ferner den Vertriebspartnern sowie allen Mitarbeitern des Außen- und Innendienstes, die durch ihren vorbildlichen Arbeitseinsatz dazu beigetragen haben, die Vielzahl der Aufgaben zu erfüllen.

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006

Aktiva	2006			2005
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks			-,-	-,-
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			2.934.702,79	2.198.643,62
C. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken			14.235.414,46	14.766.450,44
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		-,-		-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		-,-		-,-
3. Beteiligungen		5.759.762,79		5.566.262,79
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		<u>7.000.000,00</u>	12.759.762,79	7.000.000,00
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.585.740.353,35		1.381.748.812,26
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		32.353.200,00		12.945.700,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		3.738.488,40		3.672.631,09
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	367.829.284,78			333.732.635,28
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.179.525.606,70			1.166.590.818,25
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,-			-,-
d) übrige Ausleihungen	<u>2.556.459,41</u>	1.549.911.350,89		2.556.459,41
5. Einlagen bei Kreditinstituten		273.440.412,03		220.484.965,07
6. Andere Kapitalanlagen		<u>-,-</u>	3.445.183.804,67	-,-
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			<u>-,-</u>	-,-
			3.472.178.981,92	
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			-,-	-,-

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006

Aktiva	2006		2005
	EUR	EUR	EUR
E. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	1.003.556,00		998.095,07
2. Versicherungsvermittler	1.580.063,96		2.648.814,16
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,-	2.583.619,96	-,-
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		-,-	-,-
III. Sonstige Forderungen		2.400.712,67	4.984.332,63
			390.038,65
F. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		11.718.351,28	13.127.938,44
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		690.760,87	1.138.697,89
III. Eigene Anteile Nennwert bzw. rechnerischer Wert: -,- EUR		-,-	-,-
IV. Andere Vermögensgegenstände		-,-	12.409.112,15
			-,-
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		40.353.978,46	38.802.585,55
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.896.065,84	42.250.044,30
			1.723.959,63
H. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB			
			-,-
			-,-
Summe der Aktiva		3.534.757.173,79	3.210.093.507,60

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das in der Bilanz zum 31.12.2006 eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Lüneburg, den 30. April 2007

Der Treuhänder

Tödter

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006

Passiva	2006			2005
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		-,-		-,-
II. Kapitalrücklage		-,-		-,-
III. Gew innrücklagen				
1. Verlu strücklage gemäß § 37 VAG	67.413.000,00			64.585.000,00
2. Rücklage für eigene Anteile	-,-			-,-
3. satzungsmäßige Rücklagen	-,-			-,-
4. andere Gew innrücklagen	80.587.000,00	148.000.000,00		55.415.000,00
IV. Bilanzgew inn/Bilanzverlust		-,-	148.000.000,00	-,-
B. Genussrechtskapital			-,-	-,-
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,-	-,-
D. Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 16 Satz 3 EStG			-,-	-,-
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	65.364,83			82.418,43
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,-	65.364,83		-,-
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	2.744.348.051,71			2.475.885.409,71
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,-	2.744.348.051,71		-,-
III. Rückstellung für noch nicht abge- wickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	135.249.197,29			133.603.978,47
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,-	135.249.197,29		-,-
IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	439.893.321,79			429.514.673,91
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,-	439.893.321,79		-,-
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	46.658.959,92			34.123.116,62
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,-	46.658.959,92		-,-
		486.552.281,71		
V. Schw ankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		-,-		-,-
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	579.135,00			52.456,46
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,-	579.135,00	3.366.794.030,54	-,-

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006

Passiva	2006		2005
	EUR	EUR	EUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
			-,- -
G. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.185.006,72	9.084.807,04
II. Steuerrückstellungen		5.169.940,48	608.117,13
davon:			
Rückstellung für voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB: -,- EUR (Vorjahr: -,- EUR)			
III. Sonstige Rückstellungen		<u>1.127.752,82</u>	15.482.700,02
			1.305.464,48
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			
			-,- -
I. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	1.653.039,93		1.770.248,60
2. Versicherungsvermittlern	787.815,24		1.438.823,40
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,- -		-,- -
4. Mitversicherungsunternehmen	-,- -	2.440.855,17	-,- -
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		15.052,73	24.435,09
III. Anleihen			
davon konvertibel : -,- - EUR		-,- -	-,- -
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-,- -	-,- -
V. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>2.006.654,75</u>	4.462.562,65
davon:			
aus Steuern 994.214,70 EUR (Vorjahr: 367.826,14 EUR) im Rahmen der sozialen Sicherheit: -,- (Vorjahr: 591.701,58 EUR)			
K. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>17.880,58</u>
			21.976,23
Summe der Passiva		<u><u>3.534.757.173,79</u></u>	<u><u>3.210.093.507,60</u></u>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung (Alterungsrückstellung) nach § 341 f HGB sowie unter Beachtung der versicherungsmathematischen Methoden nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Lüneburg, den 30. April 2007

Verantwortlicher Aktuar

Prof. Dr. Zachow

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	2006		2005
	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	702.818.317,51		674.912.430,10
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-58.995,30		-58.941,67
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	17.053,60	702.776.375,81	-3.105,20
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-,-	-,-	-,-
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			
			40.181.722,45
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen		51.600,00	51.600,00
davon:			
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
davon:			
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.271.997,93		1.299.489,37
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	141.367.574,10	142.639.572,03	128.776.435,77
c) Erträge aus Zuschreibungen		12.147.805,13	38.708.623,59
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-,-	35.023,49
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-,-	-,-
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderposten mit Rücklageanteil		-,-	-,-
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			-,-
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			239.387,79
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	402.613.439,58		408.544.922,41
bb) Anteil der Rückversicherer	-165.745,15	402.447.694,43	-83.422,84
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1.645.218,82		8.088.831,27
bb) Anteil der Rückversicherer	-,-	1.645.218,82	-,-
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	268.462.642,00		261.762.451,93
bb) Anteil der Rückversicherer	-,-	268.462.642,00	-,-
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		45.600,51	-2.267,40
8. Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			
a) erfolgsabhängige		110.738.646,56	101.680.002,84
b) erfolgsunabhängige		14.103.649,62	19.906.907,89

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	2006		2005
	EUR	EUR	EUR
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	23.522.130,45		24.764.210,45
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>12.114.763,11</u>	35.636.893,56	11.974.898,09
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>-,-</u>	-,-
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.092.534,45	1.065.672,77
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		14.832.726,84	565.535,98
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-,-	-,-
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-	-,-
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		<u>-,-</u>	-,-
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-,-
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		<u>2.619.292,92</u>	<u>2.823.839,77</u>
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		46.455.055,27	35.429.676,63
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		313.656,74	346.071,89
2. Sonstige Aufwendungen		<u>2.961.244,11</u>	<u>2.889.540,38</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			43.807.467,90
4. Außerordentliche Erträge		-,-	-,-
5. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-,-</u>	-,-
6. Außerordentliches Ergebnis			-,-
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		15.725.503,45	10.821.228,14
8. Sonstige Steuern		<u>81.964,45</u>	64.980,00
9. Erträge aus Verlustübernahme		-,-	-,-
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			28.000.000,00
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			-,-
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			-,-
15. Entnahmen aus Genussrechtskapital			-,-
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		2.828.000,00	3.130.000,00
b) in die Rücklage für eigene Anteile		-,-	-,-
c) in die satzungsmäßigen Rücklagen		-,-	-,-
d) in die anderen Rücklagen		<u>25.172.000,00</u>	18.870.000,00
17. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			<u>-,-</u>
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u><u>-,-</u></u>

Der Jahresabschluss 2006 wurde nach den Vorschriften des VAG, des HGB/AktG sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz**AKTIVA****Zu B. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Der Posten enthält ausschließlich gegen Entgelt erworbene Individual- und Standardsoftware. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten nach Abzug der linearen Abschreibungen bewertet.

Zu C. Kapitalanlagen

Der Grundbesitz steht mit den um die steuerlich zulässigen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu Buch. Der Bilanzwert der vom Unternehmen im Rahmen seiner eigenen Geschäftstätigkeit genutzten Grundstücke und Bauten beträgt 7.531.796,95 EUR. Eine Beteiligung, die gemäß Gesellschaftervereinbarung in Folgejahren im Rahmen zukünftiger Kapitalanlageinvestitionen eine Kapitaleinlageverpflichtung in Höhe von 0,5 Mio. EUR vorsieht, ist mit den Anschaffungskosten bewertet.

Aktien, Investmentanteile und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet, sofern sie nicht entsprechend vorliegender Beschlüsse dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen und deshalb gemäß § 341 b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Im letzteren Fall wurden sie nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB, bewertet. Wurden bei den betreffenden Vermögensgegenständen in den Vorjahren Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB vorgenommen und stellte sich heraus, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, so wurde der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zugeschrieben. Es wurden danach Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB in Höhe von 12,1 Mio. EUR vorgenommen. Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 HGB waren nicht erforderlich.

Der Zeitwert für die Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV beträgt 1.677,4 Mio. EUR. Für Grundstücke und Bauten erfolgte die Ermittlung nach dem Ertragswertverfahren auf der Basis der Verhältnisse für 2006. Der Zeitwert der Beteiligungen wurde wegen untergeordneter Bedeutung und geringer Einflussnahme mit den Anschaffungskosten angesetzt. Der Zeitwert der übrigen Kapitalanlagen wurde entsprechend § 56 Abs. 2 RechVersV ermittelt. In den vorgenannten Angaben sind Kapitalanlagen, die der dauernden Vermögensanlage dienen, mit einem Zeitwert von 626,9 Mio. EUR und einem Bilanzwert von 622,5 Mio. EUR enthalten.

Zu E. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wie gegenüber Versicherungsvermittlern wurden für zu erwartende Ausfälle aufgrund von Erfahrungswerten um eine pauschale Wertberichtigung gekürzt.

Zu G. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten**EUR**

a) Agio Namensschuldverschreibungen	19.806,22
b) Agio Schuldscheinforderungen und Darlehen	-, -
c) Übrige	1.876.259,62
	1.896.065,84

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2006

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs. 1 Satz 1 HGB	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2.198.643,62	1.903.280,49	-,-	-,-	-,-	1.167.221,32	2.934.702,79
4. Summe B.	2.198.643,62	1.903.280,49	-,-	-,-	-,-	1.167.221,32	2.934.702,79
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken							
	14.766.450,44	-,-	-,-	-,-	-,-	531.035,98	14.235.414,46
C II. Kapitalanlagen in verb. Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. Beteiligungen	5.566.262,79	193.500,00	-,-	-,-	-,-	-,-	5.759.762,79
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	7.000.000,00
5. Summe C II.	12.566.262,79	193.500,00	-,-	-,-	-,-	-,-	12.759.762,79
C III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.381.748.812,26	205.552.926,82	-,-	-,-	12.147.805,13	13.709.190,86	1.585.740.353,35
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.945.700,00	20.000.000,00	-,-	-,-	-,-	592.500,00	32.353.200,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.672.631,09	900.000,00	-,-	834.142,69	-,-	-,-	3.738.488,40
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	333.732.635,28	75.000.000,00	-,-	40.903.350,50	-,-	-,-	367.829.284,78
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.166.590.818,25	51.300.000,00	-,-	38.365.211,55	-,-	-,-	1.179.525.606,70
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
d) übrige Ausleihungen	2.556.459,41	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	2.556.459,41
5. Einlagen bei Kreditinstituten	220.484.965,07	52.955.446,96	-,-	-,-	-,-	-,-	273.440.412,03
6. Andere Kapitalanlagen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
7. Summe C III.	3.121.732.021,36	405.708.373,78	-,-	80.102.704,74	12.147.805,13	14.301.690,86	3.445.183.804,67
Insgesamt	3.151.263.378,21	407.805.154,27	-,-	80.102.704,74	12.147.805,13	15.999.948,16	3.475.113.684,71

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu A. III. Gewinnrücklagen	2006	2005
Eigenkapitalquote	21,1%	17,8%
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	EUR	EUR
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	64.585.000,00	61.455.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	2.828.000,00	3.130.000,00
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>67.413.000,00</u>	<u>64.585.000,00</u>
4. andere Gewinnrücklagen		
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	55.415.000,00	36.545.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	25.172.000,00	18.870.000,00
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>80.587.000,00</u>	<u>55.415.000,00</u>
Gesamt	<u>148.000.000,00</u>	<u>120.000.000,00</u>

Zu E. I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge betreffen ausschließlich die Auslandsreise-Krankenversicherung.

Die übertragungsfähigen Beiträge bzw. Beitragsentgelte der im Geschäftsjahr fällig gewordenen Beiträge wurden für jeden Vertrag einzeln, zeitanteilig für den über den Bilanzstichtag hinausgehenden Versicherungszeitraum, ermittelt. Die sich daraus ergebende Summe wurde um die nicht übertragungsfähigen Teile der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter gekürzt.

Zu E. II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist die Summe der grundsätzlich einzelvertraglich nach der prospektiven Methode berechneten Alterungsrückstellungen, wie in den technischen Berechnungsgrundlagen des Versicherers festgelegt. Dabei wurden die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie die versicherungsmathematischen Methoden nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 VAG beachtet. Die Deckungsrückstellung enthält die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Einmalbeiträge sowie Zuschreibungen und Mittel aus dem gesetzlichen Zuschlag, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen, ferner den Anteil an der Deckungsrückstellung in der Pflegepflichtversicherung für die Versicherten der Postbeamtenkrankenkasse und für die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV).

Zu E. III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst die noch nicht gezahlten Aufwendungen für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen Versicherungsfälle insoweit, als die Inanspruchnahme des Arztes, Krankenhauses o.ä. vor dem Bilanzstichtag liegt oder Tagegeld für Tage vor dem Bilanzstichtag gewährt wird. Diese Rückstellung wurde bezüglich der Krankenversicherung anhand eines statistischen Näherungsverfahrens ermittelt, bei dem von den Zahlungen für Versicherungsfälle des Berichtsjahres ausgegangen wurde, die in den eineinhalb ersten Monaten des nach dem Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahres erfolgten. Dieser Ausgangsbetrag wurde um einen Betrag erhöht, der sich aus den Erfahrungswerten der Zahlungen der letzten drei Geschäftsjahre für Versicherungsfälle der jeweiligen Vorjahre ergibt. Auswirkungen außergewöhnlicher Umstände wurden gesondert abgeschätzt. Auch für die Pflegepflichtversicherung wurde die Schadenrückstellung aufgrund von Erfahrungswerten gebildet.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu E. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Poolrelevante Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus der Pflegepflichtversicherung	Betrag nach § 12 a Abs. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes	Sonstiges
1. Bilanzwerte Vorjahr	429.514.673,91	14.903.904,07	19.219.212,55	-,--
2. Entnahme zur Verrechnung	38.613.916,13	-,--	1.567.806,32	-,--
3. Entnahme zur Barausschüttung	61.746.082,55	-,--	-,--	-,--
4. Zuführung	110.738.646,56	9.211.276,77	4.892.372,85	-,--
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	439.893.321,79	24.115.180,84	22.543.779,08	-,--
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 13.764.638,12				

In der erfolgsabhängigen RfB sind 185,9 Mio. EUR zur Entnahme von Einmalbeiträgen sowie für Auszahlungen an Versicherte festgelegt.

Für die Geschäftsjahre 2007 und 2008 wurde für schadenfrei gebliebene Versicherte jeweils folgende, nach der Dauer der Schadenfreiheit gestaffelte, erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung in den Tarifen für ambulante Heilbehandlung

100, 101, 102, 103, 105, 110, 120, 121, 150-180, 182, A, II, III

beschlossen. Die Beitragsrückerstattung bezieht sich jeweils auf die für das Vorjahr gezahlten Beiträge.

Der erreichbare Anspruch beträgt:		in 2007	
bei Schadenfreiheit für	Tarif 105	andere o.g. Tarife	
2006 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	2/12	der Beiträge
2005-2006	2/12	3/12	der Beiträge
2004-2006	3/12	3/12	der Beiträge
2003-2006	3/12	3/12	der Beiträge
2002-2006	4/12	5/12	der Beiträge
2001-2006	5/12	6/12	der Beiträge (=50%)

Der erreichbare Anspruch beträgt:		in 2008	
bei Schadenfreiheit für	Tarif 105	andere o.g. Tarife	
2007 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	2/12	der Beiträge
2006-2007	2/12	3/12	der Beiträge
2005-2007	3/12	3/12	der Beiträge
2004-2007	3/12	3/12	der Beiträge
2003-2007	4/12	5/12	der Beiträge
2002-2007	5/12	6/12	der Beiträge (=50%)

Für die Geschäftsjahre 2007 und 2008 wurde eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung bei kostenbewusstem Verhalten in Höhe von 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung beschlossen.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu E. VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Bei dem hier ausgewiesenen Betrag handelt es sich im Wesentlichen um eine Rückstellung für zukünftige Versicherungsleistungen, die im Geschäftsjahr bereits von dritter Seite übernommen wurden. Des Weiteren ist hier eine Stornorückstellung ausgewiesen. Sie trägt dem Risiko eines überrechnungsmäßigen Stornos von bilanzierten negativen Deckungsrückstellungen Rechnung, die durch Zillmerung entstanden sind. Sie wurde näherungsweise, ausgehend von den negativen Teilen der Alterungsrückstellung, ermittelt. Weiterhin beinhaltet diese Position eine Rückstellung für den Poolausgleich in der Pflegepflichtversicherung.

Zu G. I. Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von unverändert 6,0 % p.a. berechnet. Dabei erfolgt der Übergang von den Richttafeln 1998 auf die Richttafeln 2005 unter Beachtung des Schreibens des Bundesfinanzministers (IV B 2 - S 2176 - 106/05) vom 16. Dezember 2005. Beträge, die aufgrund des steuerlichen Nachholverbotes zu berücksichtigen sind, liegen nicht vor.

Zu G. III. Sonstige Rückstellungen

EUR

a) Provisionen	327.000,00
b) Jubiläumsaufwendungen	174.975,00
c) Altersteilzeit	340.307,82
d) Jahresabschlusskosten	161.700,00
e) Berufsgenossenschaft	77.730,00
f) Urlaubsverpflichtungen	36.040,00
g) Übrige	10.000,00
	<u>1.127.752,82</u>

Die sonstigen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Zu I. V. Sonstige Verbindlichkeiten

EUR

a) noch abzuführende Steuern	994.214,70
b) Sozialversicherungsbeiträge	-,-
c) aus Lieferungen und Leistungen	915.316,47
d) Übrige	97.123,58
	<u>2.006.654,75</u>

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nennwert bewertet.

Zu K. Rechnungsabgrenzungsposten

EUR

a) Disagio Hypotheken- und Grundschuldforderungen	14.084,56
b) Disagio Namensschuldverschreibungen	1.286,03
c) Disagio Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.509,99
Zwischensumme	<u>17.880,58</u>
d) im Voraus gutgeschriebene Beitragszahlungen	-,-
e) im Voraus erhaltene Mieten und Zinsen	-,-
	<u>17.880,58</u>

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	2006	2005
	EUR	EUR
aa) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Einzelversicherungen	702.438.528,28	674.529.525,20
bbb) Kollektivversicherungen	379.789,23	382.904,90
	<u>702.818.317,51</u>	<u>674.912.430,10</u>
bb) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach:		
aaa) laufenden Beiträgen	702.573.402,02	674.614.874,65
bbb) Einmalbeiträgen	244.915,49	297.555,45
	<u>702.818.317,51</u>	<u>674.912.430,10</u>
cc) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Krankheitskostenversicherungen	564.340.429,67	535.444.157,32
bbb) Krankentagegeldversicherungen	23.486.766,28	24.790.068,81
ccc) selbständigen Krankenhaustagegeldversicherungen	10.674.260,41	11.264.888,82
ddd) sonstigen selbständigen Teilversicherungen	54.768.596,48	53.849.860,57
eee) Pflegepflichtversicherungen	48.368.358,59	48.384.621,24
fff) Auslandsreisekrankenversicherungen	1.179.906,08	1.178.833,34
	<u>702.818.317,51</u>	<u>674.912.430,10</u>

Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 35.599.182,27 EUR

Zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	EUR	EUR
a) Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
Krankheitskostenversicherungen	36.968.625,40	11.829.072,98
Krankentagegeldversicherungen	1.220.058,69	-, -
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	104.863,78	-, -
sonstige selbständige Teilversicherungen	320.368,26	-, -
Pflegepflichtversicherungen	-, -	-, -
	<u>38.613.916,13</u>	<u>11.829.072,98</u>
b) Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
Entnahmen aufgrund § 12 a Abs. 3 VAG	1.567.806,32	9.513.928,92
Pflegepflichtversicherungen	-, -	11.217.314,65
	<u>1.567.806,32</u>	<u>20.731.243,57</u>
	<u>40.181.722,45</u>	<u>32.560.316,55</u>

Beträge gemäß § 12 a VAG	EUR	EUR
Zuschreibung gemäß § 12 a Abs. 2 VAG	8.872.265,27	20.011.267,89
Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	4.892.372,85	12.468.256,94
	<u>13.764.638,12</u>	<u>32.479.524,83</u>

Zahl der versicherten natürlichen Personen	424.463	425.483
Die versicherten natürlichen Personen gliedern sich wie folgt:		
aa) Krankheitskostenversicherungen	209.325	207.215
bb) Krankentagegeldversicherungen	72.472	72.809
cc) selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	132.175	134.054
dd) sonstige selbständige Teilversicherungen	161.301	163.320
ee) Pflegepflichtversicherungen	234.180	232.413
ff) Auslandsreisekrankenversicherungen	72.802	69.075

ANHANG

	2006 EUR	2005 EUR
Rückversicherungssaldo (zugunsten Landeskrankenhilfe V.V.a.G.)	<u>106.749,85</u>	<u>24.481,17</u>
Persönliche Aufwendungen	2006 EUR	2005 EUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungs- vertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	16.785.723,94	17.760.463,83
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	237.104,95	241.931,79
3. Löhne und Gehälter	15.866.410,63	15.717.828,14
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3.150.037,85	3.152.998,01
5. Aufwendungen für Altersversorgung	828.953,11	783.599,25
6. Aufwendungen insgesamt	<u>36.868.230,48</u>	<u>37.656.821,02</u>

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betragen 620.932,59 EUR.

An inzwischen pensionierte Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehaltsbezüge in Höhe von 175.833,36 EUR gezahlt.

Für die Tätigkeiten des Aufsichtsrates wurden 131.708,20 EUR aufgewandt. Laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen bestehen für die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht.

Es wurden für die Pensionsverpflichtungen ehemaliger Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebenen 1.420.641,00 EUR zurückgestellt.

Hinsichtlich der Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand wird auf Seite 22 dieses Berichtes verwiesen.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 450 Mitarbeiter beschäftigt, von denen 2 dem Außendienst und 448 dem Innendienst zuzurechnen sind. In der Zahl der Innendienstmitarbeiter sind 3 gewerbliche Mitarbeiter, 15 Auszubildende sowie 74 Teilzeitkräfte enthalten.

Lüneburg, den 30. April 2007

Landeskrankenhilfe V.V.a.G.
Der Vorstand
Prof. Dr. Zachow Klauser

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Landeskrankenhilfe V.V.a.G., Lüneburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 341 k i.V.m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 10. Mai 2007

Susat & Partner OHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Mangliers
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres laufend überwacht. Er hat sich in fünf Sitzungen sowie durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes regelmäßig und eingehend über die Lage und Entwicklung des Unternehmens sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Außerdem wurde über Maßnahmen Beschluss gefasst, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen dem Aufsichtsrat obliegen oder seiner Zustimmung bedürfen. Neben grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik wurden die Unternehmensplanung, der Geschäftsverlauf, die Risikolage und das Risikomanagement behandelt.

Die Buchführung, der Lagebericht und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 sind von der in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 23. Mai 2006 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SUSAT & PARTNER OHG, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Die Berichte sind in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates von den Wirtschaftsprüfern erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden. Dem Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat nichts hinzuzufügen.

Den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006, den Jahresabschluss sowie die Überschussverwendung hat der Aufsichtsrat geprüft. Er hat keine Einwendungen erhoben und den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Lüneburg, den 23. Mai 2007

Der Aufsichtsrat

Dr. Leupelt
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Hans-Jochen Leupelt, Wiemersdorf
Rechtsanwalt, Vorsitzender

Dr. Wilhelm Martens, Tosterglope
Dipl. Landwirt

Joachim Ahlemann, Wuppertal
Rechtsanwalt, stellv. Vorsitzender

Helmut Müller-Lanzl, Neuried
Apotheker

Dr. Otto Hollje-Lüerssen, Oldenburg
Hauptgeschäftsführer i.R., stellv. Vorsitzender

Dr. Carl-Dieter Oschmann, Wiesbaden
Unternehmensberater

Dr. Michael Beetz, Pulheim-Brauweiler
Projekt-Manager

Olaf Schuler, Hann. Münden
Erster Pol.-Hauptkom. a.D.

Kurt Götzelmann, Eisingen
Betriebswirt

Vorstand

Prof. Dr. Ernst-Wilhelm Zachow, Lüneburg
Vorsitzender

Roland Klauser, Vögelsen

Sitz des Unternehmens

21335 Lüneburg, Uelzener Str. 120

Tel. (0 41 31) 7 25-0

Fax (0 41 31) 40 34 02

Internet

www.lkh.de

